

## Neue Heimat Schwabenland? Die Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg

Das Problem, Heimat zu bewahren und gleichzeitig neu aufzubauen, stellte sich in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg für Politik und Gesellschaft in grundlegender Weise. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Notwendigkeit, nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches im territorial reduzierten Nachkriegsdeutschland elf Millionen Flüchtlinge und Zwangsausgewiesene aufnehmen, versorgen und eingliedern zu müssen. Dies war eine beträchtliche heimatlos gewordene Minderheit, die im Schnitt nahezu ein Fünftel – und in manchen Regionen noch weitaus mehr – der Gesamtbevölkerung ausmachte. Die durch diesen massiven Bevölkerungszustrom bewirkten Veränderungen in allen Lebensbereichen wurden umso spürbarer, da sie mit dem Kriegsende zusammenfielen und innerhalb eines recht kurzen Zeitraums erfolgten. Schlagartig veränderte sich damit auch die Heimat derer, die ihren bisherigen Lebensraum *nicht* verloren hatten, in ihn nun aber diese Zwangszuwanderer aufnehmen mussten. Und dies war vor allem in Gebieten der Fall, die vom Krieg bislang wenig gespürt hatten. „Heimat“ wurde so sowohl für die Neu- wie für die Altbürger zu einem zentralen, für die Vertriebenen allerdings zu einem geradezu existenziellen Problem. Nicht nur die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, auch der Rückblick auf Aufnahme und Integration der Vertriebenen ist bis heute ein Thema geblieben, das in starkem Ausmaß mit Emotionen verbunden ist – mit Emotionen, die in gleicher Weise unsere aktuellen Integrationsdebatten prägen.

Dies ist wenig erstaunlich, denn Heimat ist ein ganz besonderer Raum: hochgradig gefühls- und wertbesetzt, kaum definierbar, weil größtenteils vorbewusst und somit höchstens beschreibbar, und von Zeit zu Zeit von geradezu kollektiv-existenzieller Bedeutung. Dies ist offensichtlich immer dann der Fall, wenn das scheinbar Selbstverständliche und Vertraute in größerem Maßstab zum Problem und damit zum Gegenstand der Reflexion und des bewussten Handelns wird, weil es in grundlegender Weise bedroht wird oder bedroht erscheint durch massive, deutlich spürbare Veränderungen, die meist von außen kommen und den Menschen aufgedrängt werden. Nicht erst im Zeitalter der Globalisierung avanciert „Heimat“ zu einem „Schlüsselbegriff“, verstanden als eine „subjektiv von einzelnen Menschen oder kollektiv von Gruppen [...] erlebte territoriale Einheit, zu der ein Gefühl besonders enger Verbundenheit besteht. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist Heimat zunächst auf den Ort [...] bezogen, in den der Mensch hineingeboren wird, wo er die frühen Sozialisationserlebnisse hat, die weithin

Identität, Charakter, Mentalität, Einstellungen und schließlich auch Weltauffassungen prägen.“<sup>1</sup>

Wenn dieser frühe *Primärerfahrungsraum* bedroht wird, dann geraten auch die mit ihm eng verknüpften grundlegenden Bedingungen des Selbstverständnisses und der Existenz ins Wanken. Diese fundamentale Bedeutung von Heimat heißt aber noch nicht, dass, wie von konservativer Seite oftmals gemeint wird, der *Raum an sich* den Menschen unausweichlich und unwiderruflich *prägt*. Im Sinne einer derartigen schicksalshaften Blut- und Boden-Gebundenheit hatte gerade die nationalsozialistische Ideologie den Begriff der Heimat instrumentalisiert. Max Hildebert Boehm, der sich nach 1945 als prominenter Sprecher des landsmannschaftlichen Gedankens der Heimatvertriebenen betätigen sollte, bestimmte schon 1932, dass der Boden sozusagen gradlinig und unausweichlich ins Blut übergehe: „Heimat ist in Gefühl und Geist verwandelte Bodenständigkeit. Durch den Heimatsinn ist der Einzelne, die Familie, die Gruppe einem Stück Erde *schicksalhaft verfallen und seelisch unter ihrer Gewalt*.“<sup>2</sup> Zwar sieht auch die moderne biologische Verhaltenstheorie im Prinzip der Territorialität ein universales Bedürfnis des Menschen nach einem bestimmten Raum, „in dem“, so die Ethologin Ina-Maria Greverus, „seine Bedürfnisse nach Identität, Sicherheit, Aktivität und Stimulation erfüllt werden“.<sup>3</sup> Doch ist dies eine anthropologische Konstante, die für den umweltoffenen homo sapiens kulturell formbar und überformbar ist. Anders in der nationalsozialistischen Ideologie. Hier wird sie unter dem organologischen Stichwort der „Verwurzelung“ zu einem deterministischen Gattungsmerkmal, das im Zuge einer Verabsolutierung der ‚Heimaterde‘ letztlich der Begründung geopolitischer Besitzansprüche und staatlicher Expansionsbestrebungen auf die vom „Auslandsdeutschtum“ einst kolonisierten deutschen Kulturinseln im Osten diene.

Gegenüber einem derart objektivistischen Heimatbegriff hat sich in den letzten Jahrzehnten zumindest im seriösen Wissenschaftsbereich ein subjektiv-konstruktivistischer Heimatbegriff durchgesetzt. Heimat ist demnach keine „Daseinsmacht“, wie noch 1990 zu lesen war,<sup>4</sup> sondern wird zu großen Teilen *gemacht*. Denn es sind vielmehr die in einem bestimmten Naturraum in der Auseinandersetzung mit dessen Vorgegebenheiten entwickelten sozialen Netze und kulturellen Leistungen, die, als Normen früh internalisiert, dem Einzelnen die Welt erschließen und als gemeinsamer Erfahrungsraum Gruppen *zusammenschließen*. Und

weil dieser Prozess in frühester Jugend beginnt und die mit ihm verbundenen Erfahrungen sehr stark verankert, wird Heimat als Vergesellschaftungs- und Erlebnisraum geprägt von einer quasi-natürlichen Selbstverständlichkeit und vom Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit. Wesentlich hängt dies zusammen mit der relativen Stabilität der Umweltbedingungen sowie mit der Übersichtlichkeit des zunächst begrenzten Erfahrungshorizonts: Heimat, das ist in konzentrischen Kreisen die Familie, das Haus, in dem man lebt, die Nachbarschaft, das Dorf oder der Stadtteil, die Region. Heimat vermittelt so ein zentrales Stück Identität, deren räumlicher Bezug, etwa in der Wertschätzung der Landschaft, auf die Wahrnehmung des jeweiligen Naturraums zurückprojiziert wird. Bleiben Kultur- und Siedlungslandschaft sowie die darin angesiedelten sozialen Netzwerke von größeren Veränderungen verschont, so vermitteln sie Orientierung und Sicherheit. Heimat bildet so einen Rückzugsraum, der gerade in Zeiten individueller oder kollektiver Umbrüche unumgänglich ist für Selbstvergewisserung und Selbsterhaltung.

Heimat ist daher nicht nur für den einzelnen Menschen von Bedeutung. Heimat hat auch immer eine gesellschaftliche und politische Relevanz. Und die fundamentale Bedeutung von Heimat macht den Begriff zugleich zu einem in verschiedensten Zusammenhängen funktionierenden Bestandteil von Ideologien. Dies ist der Fall, weil der Begriff der Heimat auf weitverbreitete Erfahrungen verweist und es vermag, aufgrund seiner gefühlsmäßigen Aufladung viele Menschen anzusprechen, zu mobilisieren, zusammenzubinden, gerade weil das Unspezifische daran ganz unterschiedlich gefüllt werden kann. So ist mit dem Begriff Heimat immer auch Politik betrieben worden, wurden individuelle und kollektive Identitäten mit ihm gestiftet, wurden Heimatgefühle instrumentalisiert und übernahmen Ersatzfunktionen, und lang anhaltende Selbsttäuschungen über „Heimat“ wurden in die Welt gesetzt. Möglich wurde dies vor allem, weil in der Moderne für immer mehr Menschen die Konstanz von Jugend auf vertrauter Lebensumwelten nicht mehr gegeben war. Sei es aufgrund innergesellschaftlicher Entwicklungen, durch Industrialisierung, Urbanisierung und Binnenwanderung, sei es dadurch, dass durch Kriege und Grenzverschiebungen ganze Bevölkerungen gezwungen waren, anderswo neu anzufangen. Gerade mit dem Blick auf diese Entwicklungen meinte der Soziologe Wilhelm Brepohl, der sich intensiv mit der Bevölkerungsentwicklung in einem klassischen

Industrie- und Zuwanderungsgebiet, dem Ruhrgebiet, beschäftigt hatte, Ende der 1950er-Jahre: „Weil ... der Mensch von Natur aus Heimat hat und Heimat haben muß, baut er sie in seinem Bewußtsein und durch sein Verhalten immer wieder von neuem auf – er muß das tun, wohin immer er gelangt.“<sup>5</sup> Die Frage ist dabei nur: gibt seine neue Umgebung dem Fremden auch eine Chance, hier eine Heimat zu finden? Ist sie offen genug, Fremde aufzunehmen, ihnen gleichberechtigten Zugang zu den zentralen Gütern des Lebens zu gewähren, vermittelt sie ihm darüber hinaus auch das Gefühl, dazugehören, akzeptiert zu werden, so wie sie sind?

Damit verbindet sich die Problematik der Heimat mit der der Integration. Zur Integration gehören immer zwei Beteiligte: die Zuwanderer, aus welchen Gründen sie auch immer ihre alte Heimat verließen, und ihre Aufnahmegesellschaft. Und zum Gelingen jedweder Integration ist nicht nur der Wille der Fremden notwendig, eine neue Heimat finden zu wollen, sondern vor allem und in erster Linie auch die Bereitschaft ihrer Aufnahmegesellschaft, die den neu Ankommenden ja in allem überlegen ist, ihnen eine neue Heimat geben zu wollen – aber eben eine Heimat, nicht nur ein neues Zuhause. Das aber heißt: die Fremden nicht nur zu dulden (vielleicht weil sie irgendwie nützlich sind), sondern als gleichberechtigt aufzunehmen: rechtlich, politisch, ökonomisch, gesellschaftlich, kulturell und gefühlsmäßig. Und das bedeutet letztendlich: die Aufnahmegesellschaft muss sich dadurch neu definieren, sie muss auch akzeptieren, dass sie durch die Aufnahme Fremder sich selbst verändert. Integration ist ein wechselseitiger Prozess und im Gegensatz zur Assimilation keine ‚Einbahnstraße‘, bei der sich ein Teil (meist der Schwächere) dem anderen unterordnet, einseitig anpasst und damit auch einen guten Teil seiner Identität aufgeben muss.<sup>6</sup>

Im Folgenden soll es darum gehen, wie die einheimische Bevölkerung im deutschen Südwesten<sup>7</sup> auf die Zwangszuwanderung und die damit verbundene Veränderung ihrer vertrauten Heimat in der unmittelbaren Nachkriegszeit reagierte und welche Bedeutung dies für die Integration der Vertriebenen besaß.

Dass ihr Verhalten den Fremden gegenüber von einer entscheidenden Bedeutung für die Zukunft war, war den Einheimischen ziemlich deutlich bewusst, auch wenn sie dies nur selten offen eingestanden. So erstattete am 17. April 1946 der württemberg-badische Innenminister Ulrich der vorläufigen Landesvertretung einen umfassenden Bericht über den Stand und die Umstände der von den alliierten Siegermächten angeordneten und bereits

in Gang befindlichen Aufnahme von rund 520 000 angekündigten sogenannten „Flüchtlingen“, die Württemberg-Baden bis zum Herbst dieses Jahres unterzubringen hatte. Den Gebietskommandanten der amerikanischen Militärregierung zitierend, bezeichnete er diese zwangsweise Bevölkerungsverschiebung als „die größte Völkerwanderung aller Zeiten“<sup>8</sup>. Ihre Bewältigung in der Zusammenbruchsgesellschaft der Nachkriegszeit erschien nicht nur ihm als ein kaum lösbares Problem, das sämtliche staatliche Instrumentarien überfordere und von Anfang an ohne die solidarische Unterstützung der gesamten einheimischen Bevölkerung zum Scheitern verurteilt sei. Als allerersten Posten eines 10-Punktekatalogs von mobilisierbaren Ressourcen und erforderlichen Sofortmaßnahmen nannte er daher: „Die Aufnahme- und Hilfsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung und ihr Wille, mit den Zugeströmten verständnisvoll zur Überwindung der gemeinsamen Not zusammenzuleben und zu arbeiten.“ Zugleich meinte er trotz der Konfliktträchtigkeit der außergewöhnlichen Belastungssituation in dieser Hinsicht eine vorsichtig optimistische Bilanz ziehen zu können: „Es ist uns im Ministerium wohl bekannt, dass die Einweisung der Flüchtlinge in die Gemeinden und in die Wohnungen auf sehr große Schwierigkeiten und Hemmungen stößt und dass es dabei Ärger und Verdruss, Unbequemlichkeiten und Beschwerden auf allen Seiten gibt. Ich bin glücklich, mitteilen zu können, daß weite Kreise unserer badisch-württembergischen Bevölkerung vorbildliche Aufnahmebereitschaft und Opferwilligkeit zeigen. Sie unterziehen sich verständnisvoll den zwangsläufigen Notwendigkeiten, geben den Flüchtlingen Wohnung und Heizung, nicht selten unter brüderlicher Teilung ihrer eigenen kärglichen Rationen. Aber ich kann nicht verschweigen, dass auch einzelne Fälle von übler Renitenz und unsozialer, ja unmenschlicher Einstellung von Wohnungs-, Hof- und Hausbesitzern aus verschiedenen Landesteilen berichtet werden.“ Diese Einschätzung blieb nicht unwidersprochen in der ersten öffentlichen Diskussion zum sogenannten „Flüchtlingsproblem“, welche die Vertreter der Parteien und der gesellschaftlich relevanten Gruppen in dieser Delegiertenversammlung austrugen. Während der SPD-Innenminister als Verfolger des NS-Regimes einen massiven, aber bislang nur partiellen Widerstand der Einheimischen in erster Linie im Kreise der eingefleischten Nationalsozialisten lokalisierte, warf der KPD-Arbeitsminister Rudolf Kohl dem gesamten Besitzbürgertum und vor allem den Bauern eine aus egoistischen Motiven resultierende „absolute Verständnislosigkeit für

die Lage der Ostflüchtlinge“<sup>9</sup> vor. Dagegen nahm der CDU-Landrat Helmut Jäger seine zukünftige Wählerklientel gegen derartige „scharfe Angriffe“ in Schutz und führte unter dem Beifall der Versammlung anhand zahlreicher Beispiele aus, „wie aus wahrer Menschenliebe und großer Herzengüte heraus die eintreffenden Flüchtlinge aufgenommen wurden“<sup>10</sup>. An dieser Debatte wird zweierlei deutlich. Zum einen war die Einschätzung der Aufnahmebereitschaft ein durchaus *unterschiedlich* beurteiltes Politikum. Zum anderen wird daran deutlich, dass bereits aus zeitgenössischer Sicht der Haltung der einheimischen Bevölkerung eine für die Lösung der anstehenden Probleme grundsätzliche und entscheidende Bedeutung zugemessen wurde.

Die Vertriebenen nicht nur vorübergehend zu beherbergen, wie die noch während des Krieges aus den zerbombten Städten in die ländlichen Regionen verbrachten Evakuierten, sondern dauerhaft aufzunehmen, dies stieß in der Tat auf wenig Gegenliebe in der einheimischen Bevölkerung. Aber dazu bestand auf deutscher Seite keine Alternative.<sup>11</sup> Obwohl die Vertreibung von den Alliierten als allgemeine Folgelast des von Hitler begonnenen Krieges und die Wiederansiedlung der Zwangsausgewiesenen nach außen als eine rein deutsche Angelegenheit dargestellt wurde, galten für die deutschen Auftragsbehörden strikte Vorgaben der Besatzungsmacht für die Behandlung der „Ostflüchtlinge“, wie sie im Verwaltungsdeutsch ebenso unzutreffend wie in unglücklicher Analogie zu den ehemaligen kriegsgefangenen „Ostarbeitern“ bezeichneten wurden. Nach streng überwachter Anordnung der amerikanischen Militärregierung waren sie flächendeckend unter Ausklammerung der zerstörten Großstädte im ganzen Land zu verteilen und schnellstmöglich unter Vermeidung längerer Lageraufenthalte dauerhaft unterzubringen. Dabei sollten lediglich Familien zusammengehalten, ehemalige Dorfgemeinschaften jedoch möglichst weit verstreut werden. Als gleichberechtigte „Neubürger“, so die bald eingeführte amerikanische Bezeichnung, wurden die Zwangszuwanderer den Einheimischen in Rechten und Pflichten vollständig gleichgestellt. Sie durften allerdings keine eigene Organisationen und Interessenvertretungen gründen, sondern sollten sich den lizenzierten Parteien der Aufnahmegesellschaft anschließen und ihr Wahlrecht nur in diesem Rahmen ausüben. Und sie sollten ihre Bedürfnisse lediglich in beratenden Beiräten auf kommunaler, Kreis- und Landesebene im Rahmen der ins Leben gerufenen Flüchtlingssonderverswaltung artikulieren können. Über die Erstversorgung mit dem allernotwendig-

sten Hausrat hinaus sollten keine speziellen Sonderförderungsmaßnahmen für diese nicht nur heimat- sondern auch besitzlos gewordene Minderheit erfolgen; ihre sozialversicherungstechnische, arbeitsrechtliche und sozialfürsorgerische Gleichbehandlung mit der einheimischen Bevölkerung indessen war sicherzustellen. Und schließlich sollten die deutschen Behörden gegen jegliche Diskriminierungen der Zwangszuwanderer vorgehen und Alt- wie Neubürgern bei jeder passenden Gelegenheit verdeutlichen, dass ihr erzwungenes Zusammenleben auf Dauer angelegt war. Diese Vorgaben der Besatzungsmacht zielten vor allem darauf, keine neue Minderheit entstehen zu lassen. Möglichst weiträumige Verteilung, ein Koalitionsverbot und eine nur formale rechtliche Gleichstellung der Zwangszuwanderer unter Vernachlässigung der gravierenden materiellen Chancenungleichheit zwischen den besitzlosen Vertriebenen und den Einheimischen, all dies zielte darauf ab, sie als eigenständige Gruppe von Anfang an erst überhaupt nicht in Erscheinung treten zu lassen. Die Zwangs *ausgewiesenen* und im Zuge ihrer Deportation ebenso ohne jegliche Mitbestimmungsmöglichkeit in ihren Aufnahmegebieten wieder Zwangs *eingewiesenen* sollten gänzlich assimiliert werden. Sie sollten möglichst schnell, vollständig und unumkehrbar in der Aufnahmegesellschaft aufgehen, in ihr regelrecht verschwinden. Und dies vor allem deshalb, um schon von Anfang an keine die Nachkriegsgrenzziehungen gefährdenden Rückkehrwünsche in die alte Heimat aufkommen zu lassen.

Dass sich gegen eine derart massive und in der Wahrnehmung der Bevölkerung ungerechtfertigter Weise von außen oktroyierte Zwangsmaßnahme Widerstand regte, war kein Wunder. Doch angesichts der amerikanischen Militärpräsenz, die im Zweifelsfall diese Vorgaben mit entsprechendem Druck durchzusetzen bereit war, konnte er kaum offen ausbrechen. Dass er unter der Decke lange weiterschweben würde, war allerdings schon früh abzusehen. Denn die Zwanganwesenheit der ungeliebten Gäste auf Dauer zu akzeptieren, dies hätte für die Einheimischen bedeutet, einer grundlegenden und nachhaltigen Veränderung ihrer Heimat zuzusehen. Deren eingespielte Traditionen und Strukturen wurden durch die flächendeckende Verteilung der Vertriebenen auf die unzerstörten Landkreise, wo sie oftmals bis zu einem Drittel der Gesamtbevölkerung stellten, massiv in Frage gestellt. Zeitgenössische amerikanische Soziologen, die sich im Auftrag der amerikanischen Militärverwaltung mit diesem unfreiwilligen Großexperiment beschäftigten, sprachen von einer drohenden ‚Revolution des Dor-

fes‘, die bis in die Intimsphäre fast jedes Einzelnen reichte.<sup>12</sup> Aufgrund der pragmatischen Zwänge der kaum koordinierbaren, überhasteten Einschleusung der zuweilen bunt zusammengewürfelten Transportzüge, die allein nach dem Kriterium der Wohnraumkapazität auf die Kreise verteilt wurden, kamen katholische Städter in pietistische württembergische Landgemeinden, sudetendeutsche Sozialdemokraten in ausgesprochen konservative Gebiete, frühere Großbauern mussten sich in der nordbadischen Nebenerwerbslandwirtschaft als Knechte unterbringen lassen, und für die ehemaligen Facharbeiter, Angestellten und Gewerbetreibenden, die in den Bauerngemeinden ohnehin ein fremdes Element darstellten, bot sich dort kaum ein Arbeitsplatz. Was aber das Schlimmste war: sie alle wurden, da die Amerikaner auf rasche Räumung bestehender Sammellager drängten, in den dafür beschlagnahmten privaten Wohnraum der Einheimischen zwangseinquartiert: mit einer Belegungsvorgabe von 2 Personen pro Wohnraum über 4 qm (im Schnitt, inklusive Küchen).

Gerade in den unzerstörten ländlichen Regionen, in die der Krieg erst in seiner unmittelbaren Endphase vorgedrungen war, war für die Einheimischen damit der Traum vom trauten Heim, vom eigenen Wohnzimmer, von familiärer Ungestörtheit und privaten Rückzugsnischen erst einmal ausgeträumt. Hier fing gewissermaßen der Krieg erst nach dem Krieg an – als kalter Krieg zwischen Ost und West, aber nicht auf dem Parkett der Diplomatie oder an der Zonengrenze, sondern in der Diele der eben *nicht* mehr eigenen Wohnung, wobei die zwangseingewiesenen Untermieter im Zweifelsfall die schlechteren Karten hatten.

Weit mehr noch als das Problem, mit ihnen die rationierten Lebensmittel und die Arbeitsplätze teilen zu müssen, entwickelte sich die Wohnraumfrage zum zentralen Konfliktfeld zwischen Alt- und Neubürgern. So wandte sich beispielsweise der württembergisch-badische Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen aufgrund der in seiner Dienststelle eingehenden Beschwerden ein Jahr nach der Ankunft der ersten Vertriebenentransporte in einer Radioansprache mit der Feststellung an die Öffentlichkeit: „Es ist tatsächlich so, dass die Neubürger von einem Teil der einheimischen Bevölkerung feindselig empfangen und aufgenommen wurden und dass diese Kreise sich nicht scheuten, ihre ablehnende Haltung nicht nur mit ausfälligen Anrempelungen, sondern auch durch geradezu ausgeklügelte Schikanen zum Ausdruck zu bringen. Was soll man dazu sagen, wenn selbst Bürgermeister, die doch durch ihr Amt verpflichtet sind, die

Ausgewiesenen würdig zu empfangen und anständig zu behandeln, sie statt dessen gleich bei der Ankunft mit Ausdrücken wie die folgenden angefahren haben: ‚Macht nur, dass ihr wieder dahin geht, wo ihr hergekommen seid, wir brauchen euch nicht‘ oder ‚geht doch nach Kanada oder Australien, dort gibt es Platz genug für euch‘ oder ‚ihr seid ja doch nur faule Tagediebe. Wenn ihr gearbeitet hättet wie wir, hättet ihr sicher bleiben dürfen‘ oder ‚für euch sind Waschküchen und Mansarden als Wohnungen gut genug‘ oder ‚ihr habt uns gerade noch gefehlt‘: Müssen sich bei einer derartigen Behandlung die Neubürger nicht selbst wie lästige Ausländer vorkommen? Was mögen sie empfinden, wenn sie in den Villen der sogenannten besseren Kreise im Erdgeschoss in Bügelzimmern, Waschküchen und sonstigen Geräteaufbewahrungsräumen oder im Dachgeschoss in den Hausgehilfenmansarden mit ganzen Familien verstaubt werden, wobei in manchen Fällen bis zu zehn Personen in einem kleinen Raum hausen sollen, während die Hausbesitzer ungestört und unbekümmert ihre üppigen Wohnungen weiter bewohnen. [...] Sie dürfen dann das Holz des Hauses klein machen und sich dabei freuen, dass in der Herrschaftswohnung wenigstens nicht gefroren wird. In der öffentlichen Wärmestube ist ja für sie auch geheizt. Selbst das Spülklosett des Hauses wird für die Neubürger gesperrt. Mögen sie in der Bedürfnisanstalt des nahe gelegenen Bahnhofes ihre Notdurft verrichten! In anderen Fällen wird das Gas, das Licht und manchmal sogar das Wasser für die Eindringlinge gesperrt. Sie dürfen aber auch nicht in der ihnen angewiesenen Stube mit dem mühselig erstandenen Sparherd kochen, weil sonst die überaus kostbaren, wenn auch schon uralten Tapeten notleiden könnten. Sie dürfen auch nicht länger als bis 10 Uhr abends ausbleiben, weil ihnen sonst das Haus zugesperrt wurde. Sie dürfen keinen eigenen Hausschlüssel haben, sie dürfen keine Besuche empfangen, sie dürfen morgens nicht zu früh und abends nicht zu spät laut sein, sie dürfen nicht mit den Straßenschuhen sich in Zimmer bewegen, obwohl sie keine Hausschuhe haben, sie dürfen nicht singen, sie dürfen im Hause nicht waschen, sie dürfen keine Kinder haben. Sie dürfen nicht, sie dürfen nicht! Dürfen sie überhaupt leben?“<sup>13</sup>

Natürlich ist dabei zu berücksichtigen, dass den Behörden in erster Linie die Konfliktfälle bekannt wurden, aber Einzelfälle waren dies keineswegs. Denn der Umfang der Klagen von Vertriebenen und Einheimischen über die sich offensichtlich rapide häufenden Auseinandersetzungen schwoll rasant an. In Nordbaden, wo rund

60 000 Vertriebenenfamilien eingewiesen worden waren, hatten bis zum März 1947 rund 10 000 schriftliche Beschwerden die Karlsruher Dienststelle des Landesbeauftragten für das Flüchtlingswesen erreicht.<sup>14</sup>

Der amerikanischen Militärregierung blieb dies natürlich nicht verborgen, und da dies ihre Politik der Zwangsassimilierung grundlegend in Frage stellte, erklärten sie gegenüber den deutschen Behörden mit Nachdruck: „Bezüglich der Ausgewiesenen besteht das Ziel der Militärregierung darin, dass diese Menschen von der einheimischen Bevölkerung absorbiert und soweit wie möglich von ihr auf der Grundlage der Gleichberechtigung akzeptiert werden und zwar ohne Vorurteile und ohne Diskriminierung. In jeder Hinsicht sollten sie als Neubürger behandelt werden.“<sup>15</sup> Zwar konnten offen geäußerte Diskriminierungen unter Strafandrohung gestellt werden und die Militärregierung tat dies auch. Zumindest die Aufnahme der Zwangszuwanderer in die Wohnungen und Häuser der Einheimischen wurde durchgesetzt, und finftenreiche Verweigerungen der Einheimischen, die bis zur neuerlichen Vertreibung der Zwangseinquartierten per Teufelsaustreibung reichten, zahlte man mit ebenso symbolkräftiger wie abschreckender Münze zurück. So berichteten beispielsweise die Badischen Neuesten Nachrichten im April 1947 unter der Überschrift „Strafen für Flüchtlingsfeinde“: „Zwei Wohnungsinhaber wurden von der Militärregierung verhaftet, weil sie sich bei der Beschlagnahme von Wohnraum durch die Wohnungskommission gegen diese tötlich vergingen. Die beiden Übeltäter wurden, trotz ihres vorgerückten Alters, durch die Militärregierung verurteilt, unter Mitnahme von nur 50 kg Gepäck, ein halbes Jahr in einem Flüchtlingslager zu verbringen. [...] Ein Bauer glaubte durch Einrichtung eines Schweinestalls im Wohnzimmer der Einquartierung von Flüchtlingen zu entgehen. Als Ersatz für den Schweinestall wurde des Bauern eigenes Schlafzimmer beschlagnahmt.“<sup>16</sup>

Da die zwangseingewiesenen Vertriebenen auf Geheiß der amerikanischen Besatzungsmacht in ihrem Anspruch auf Wohnraum den Einheimischen rechtlich gleichgestellt waren und sich die Wohnraumbelegung genau kontrollieren ließ, ordnete die amerikanische Militärverwaltung eine flächendeckende Überprüfung an, als sie sich mit einer Flut von Beschwerden konfrontiert sah. Dabei stellte sich als eindeutiger Befund heraus, dass in der Amerikanischen Besatzungszone „die Flüchtlinge durchschnittlich 3 bis 7 qm pro Person und die Altbürger 8 bis 15 qm pro Person Wohnraum besitzen und dass auf

den Wohnraum bei den Neubürgern 2 – 3,5 Personen, bei den Altbürgern jedoch nur 0,3 – 1,5 Personen entfallen<sup>17</sup>. Die Vertriebenen waren damit trotz der gesetzlich fixierten, aber eben nur theoretischen Gleichberechtigung ihres Wohnraumsanspruchs doppelt so gedrängt untergebracht wie die Einheimischen. Und wenn es schon kaum möglich war, die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und Rechtsverordnungen vollständig durchzusetzen, deren Kontrolle, wie bei der Verteilung des Wohnraums, im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Metermaß möglich war, so war es natürlich noch sehr viel schwieriger, mehr oder minder subtile Diskriminierungen oder Vorurteile im Alltag zu verhindern.

Zwar fehlte es nicht an unterschiedlich akzentuierten wohlmeinenden Aufrufen seitens der Landesregierung, der Kreis- und Gemeindeverwaltungen, der Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen und Parteien, die besitz- und heimatlos Gewordenen solidarisch aufzunehmen und ihr schweres und unverschuldetes Schicksal zu lindern, sei es aus staatsbürgerlicher Verpflichtung, aus sozialer Verantwortung, aus allgemein-ethischer Humanität, aus christlicher Nächstenliebe, aus brüderlicher Solidarität oder aus politischer Einsicht. Doch war die Intensität dieser Appelle oftmals nur Ausdruck für einen schnell eintretenden Mangel an Hilfs- und Aufnahmebereitschaft. Dieser Mangel war weniger prinzipieller Natur, sondern dadurch bedingt, dass der „Prüfstein der Ostvertriebenen“ die Einheimischen auf eine ebenso alltäglich-konkrete wie allzu harte Belastungsprobe stellte. So stellte der Tauberbischofsheimer Landrat beispielsweise in einem Zeitungsartikel Anfang 1947 fest: „Die salbungsvollsten Predigten, die eindringlichsten Appelle und die edelste Hilfsbereitschaft können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ostvertriebenen ihre Gastgeber unter schwersten äußeren und inneren Druck gesetzt haben. Die Eigenart der ländlichen Lebens- und Wirtschaftsführung, die räumliche Beengung in den Städten, die veralteten Wohnverhältnisse auf dem Lande, die sittlichen und gesundheitlichen Gefahren der Zusammenpferchung, die Verdrängung der Hausfrau aus der häuslichen Alleinherrschaft, die landsmännischen Besonderheiten und konfessionellen Verschiedenheiten der Zugewanderten, die vermeidbaren und unvermeidbaren Härten und Ungerechtigkeiten bei ihrer Verteilung, der stille Vorwurf ihrer Armut und die Angst um den eigenen Besitz – diese und hundert andere Umstände stellen die einheimische Bevölkerung immer wieder vor Entscheidungen, die nur unter Aufbietung aller charakterlichen Werte zum

Wohle aller Betroffenen gefällt werden können. Was Wunder, wenn die Flüchtlingsfamilie manchmal wie ein irdisches Fegefeuer empfunden wird.“<sup>18</sup>

Zur eigenen Entlastung lag es nur allzu nahe, dass die Einheimischen ein ganzes Bündel von generellen Vorbehalten gegen ihre ungeliebten Zwangsgäste entwickelten. Mit Erstaunen stellten die Dienststellen der amerikanischen Militärregierung fest, was die Einheimischen den Vertriebenen alles vorwarfen: „Sie werden im gleichen Atemzug beschuldigt, unentdeckte Nazis, sowjetische Spione, faule Parasiten und ehrgeizige Ränkeschmiede zu sein. Von einigen Dienststellen sind ohne sichtbaren Erfolg Versuche unternommen worden, die Sympathie der Westdeutschen für ihre östlichen Verwandten zu wecken. Die Antworten auf diese Appelle sind größtenteils nur Lippenbekenntnisse. Natürlich gehen sie nicht so weit, mit den unerwünschten Ostlingen Tisch und Bett zu teilen. Es ist kein Wunder, dass der Flüchtling, der in einen neuen Teil Deutschlands versetzt wurde, sich als Fremder in einem fremden Land fühlt.“<sup>19</sup> Am bedrohlichsten für die Einheimischen war, dass in ihren Häusern und Wohnungen nun plötzlich Leute auftauchten, die im Gegensatz zu ihnen in der Regel über keinerlei Besitz mehr verfügten. Eine nahezu instinkthafte Abwehrstellung war die Folge, die gewissermaßen zum entlastenden Gegenangriff überging und sich sogar in Zeitungskommentaren artikuliert: „Die Psychologie des enteigneten Flüchtlings dringt dazu, mit Maßstäben des gehabten Besitzes umzugehen und das Alte wieder zu gewinnen. Daraus entsteht der Drang zu nomadisieren, bis ein Höchststand von Bequemlichkeit wieder erreicht ist. Daneben gären Missgunst auf den Besitz und eine Verwirrung der Begriffe von mein und dein. Der Altbürger, der glaubt, aus seiner gesicherten Habe Hilffloßen mit Wohltat zu helfen, fühlt sich bald mit Undank belohnt und geprellt. Misstrauen und Verärgerung wuchern, Diebstähle vergiften das Zusammenleben.“<sup>20</sup> Dass die völlige vertreibungsbedingte Enteignung einer beträchtlichen Bevölkerungsminderheit nahezu zwangsläufig zu deren Kriminalisierung führen würde, lag auch für die Behörden auf der Hand. So wurden im Sommer 1946, die Flüchtlingsaufnahme war gerade auf ihrem Höhepunkt, die Meldebestimmungen für Strafverfolgungsverfahren geändert: Die Kriminalitätsstatistik führte die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubürger ein. Und in der Tat: nach dem katastrophalen Hungerwinter 1946/47 wurden die ja völlig auf ihre kärglichen Lebensmittelkarten angewiesenen Zwangszuwanderer, die noch nicht einmal auf dem Schwarzmarkt ihre Rationen

aufbessern konnten, rund 3,5-mal häufiger bei Felddiebstählen ertrappt als die Einheimischen. Aber es blieb bei dieser zeitlich und deliktmäßig punktuellen Ausnahme. Denn trotz ihrer anhaltend desolaten Situation verhielten sich die Vertriebenen insgesamt in allen Deliktarten wesentlich gesetzeskonformer als die Einheimischen. Ihre Kriminalitätsbelastungsziffer war nur halb so hoch wie die der Einheimischen, selbst bei Delikten wie einfachem Diebstahl – und das trotz der ungleich schwereren Notlage dieser Menschen.<sup>21</sup> Ende 1949 wurde ihre getrennte Erfassung denn auch wieder sang- und klanglos eingestellt, hatte sich doch eindeutig ergeben: Neubürger waren nur halb so kriminell wie Altbürger.

Dennoch blieben die Vorurteile der Einheimischen gegen die Zwangszuwanderer gerade aufgrund ihrer entlastenden Funktion bestehen. Und so charakterisierte denn auch die nordbadische Rhein-Neckar-Zeitung im Frühjahr 1949 die Stimmungslage an den einheimischen Gemeindestammtischen mit der Feststellung: „Die Flüchtlinge sind grundsätzlich schmutzig. Sie sind grundsätzlich primitiv, ja sie sind sogar grundsätzlich unehrlich. Dass sie faul sind, versteht sich am Rande und dass sie lieber einen braven Einheimischen betrügen, als ihm eine Arbeit abzunehmen. Ganz abgesehen davon, dass sie das streitsüchtigste Volk sind, das in unseren Gassen und Gässchen einherläuft. Und einen Dank für das, was man ihnen tut, kennen sie nicht. Das ist es, was man in neunzig von hundert Unterhaltungen über Flüchtlinge zu hören bekommt.“<sup>22</sup> Angesichts dessen warnten zeitgenössische Beobachter eindringlich vor den Folgen der zunehmenden Schwierigkeiten im Zusammenleben zwischen Alt- und Neubürgern. So beschworen die Badischen Neuesten Nachrichten im Sommer 1947 „die Gefahr, dass unser Volk in zwei Teile auseinander bricht, die einander hassen bis aufs Blut.“<sup>23</sup> Denn die zunehmende Zahl der Konfliktfälle und die Pauschalisierung gegenseitiger Vorwürfe ließen den Eindruck entstehen, dass sich die Einheimischen und die Flüchtlinge als zwei völlig geschlossene Gruppen feindselig gegenüberstanden.

Doch ganz so einfach und ganz so negativ war die Lage letzten Endes keineswegs. Dies zeigen die Ergebnisse mehrerer repräsentativer Meinungsumfragen, die die amerikanische Militärregierung zwischen 1946 und 1949 in ihrer Besatzungszone durchführte, weil sie schon früh ihre Assimilierungspolitik gefährdet sah und sich ein Bild über die Lage zu verschaffen suchte.<sup>24</sup> Die Bereitschaft der ortsansässigen Bevölkerung, alleine für den Unterhalt der Vertriebenen aufzukommen und ihn

nicht auf die Vertreiberstaaten oder die Alliierten abwälzen zu wollen, war diesen Umfragen zufolge zwar keineswegs allzu hoch, und sie war während des Jahres 1946 deutlich zurückgegangen: von 38% im März auf 21% im November. Aber im November 1946 waren zonenweit immerhin 55%, also knapp mehr als die Hälfte der Einheimischen bereit, die Vertriebenen als gleichberechtigte Bürger zu betrachten, und genau die Hälfte äußerte die Erwartung, dass beide Bevölkerungsgruppen ohne größere Schwierigkeiten miteinander auskommen würden. Umgekehrt äußerten zu Beginn der Zwangsumsiedlung fast drei Viertel der Vertriebenen, sie seien mit ihrer Behandlung durch die einheimische Bevölkerung zufrieden, allerdings waren am Ende der Massentransporte im November 1946 nur noch 61% dieser Ansicht und bis 1948 ging aufgrund der wachsenden Spannungen dieser Anteil auf 50% zurück. War also letztlich auf der einen Seite die Hälfte der Vertriebenen mit ihrer Behandlung durch die Einheimischen zufrieden; so gingen auf der anderen Seite die Einheimischen ebenfalls zur Hälfte davon aus, mit den Zwangszuwanderern auskommen zu können. Doch rund ein Drittel von ihnen stellte diese Erwartung unter den Vorbehalt, dass sich die Vertriebenen ohne großes Wenn und Aber in die gegebenen Verhältnisse einfügen müssten. Dies konstatierten auch die deutschen Behörden, die feststellten: „Die Eingliederung wird von den Einheimischen meist so verstanden, dass sich der Vertriebene in die hiesigen Verhältnisse einfügen und in jeder Hinsicht angleichen müsse“<sup>25</sup>. So war auch die Analyse des württemberg-badischen Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen durchaus realistisch, die er bereits im Sommer 1946 gegenüber der Militärregierung abgab: „Unglücklicherweise muss man zugeben, dass weniger als die Hälfte aller Gemeinden ein Beispiel geben, das man als sehr gut, fair oder wenigstens zufrieden stellend bezeichnen kann. In diesen Fällen wird die Gemeinde von einem Offiziellen geleitet, der als Beispiel für seine Mitbürger dienen kann.“<sup>26</sup> Diesen qualitativen Faktor für die Offenheit oder Abwehr der unmittelbaren Aufnahmemilieus registrierten auch die Offiziere der Militärregierung, die auf ihren Inspektionsstouren bis in den letzten Weiler des Landes vordrangen, nicht zuletzt um die Abgabepflicht der Bauern zu kontrollieren. Ihre Berichte fasste die Landesmilitärregierung mit der Analyse zusammen: „Unter den gegenwärtigen sozio-ökonomischen Bedingungen in Deutschland ist es eine gigantische Aufgabe, die Vertriebenen in den Hunderten von Gemeinden wiederanzusiedeln.

Das Ausmaß des Erfolgs, mit dem diese Aufgabe durchgeführt wird, variiert von Ort zu Ort. Fortschritte werden generell behindert entweder durch schwerwiegenden Mangel an Wohnraum, Hausrat und Nahrung; durch die Abwehr und den Unwillen der deutschen Bevölkerung; oder durch die Lethargie und Unfähigkeit der zuständigen Offiziellen.<sup>27</sup> Waren Wohnraumangel und Versorgungsengpässe vergleichsweise flächendeckend auftretende, strukturelle Grundprobleme, die allerorten anzutreffen waren und in ihrer Intensität erst einmal wenig variierten, so stellte sich aber doch die Frage, wie man mit diesen Problemen umging. Und dies hing wesentlich von der Einstellung der lokalen Entscheidungsträger ab. Es war keinesfalls egal, ob man in der einen Gemeinde nur den Flüchtlingen das Aufheben des Gemeindeobstes verbot oder ob man es in der Nachbargemeinde zu gleichen Teilen an Alt- wie Neubürger verkaufte oder aber wiederum nur einige Kilometer entfernt davon ausschließlich die Vertriebenen damit beschenkte. Die Experten der Besatzungsmacht führten die zum Teil völlig unterschiedliche Behandlung gleichartiger Probleme auf einen entscheidenden Faktor zurück: „Das Ausmaß freundlicher Akzeptanz oder konstruktiver Hilfe hängt weitgehend ab von der Einstellung und den Fähigkeiten der führenden Persönlichkeiten eines bestimmten Bezirks. Mit anderen Worten: es hängt ab von den Landräten, den Bürgermeistern, den Parteifunktionären, von der Kirche. In kleinen Dörfern hängt fast alles von der Einstellung dreier Männer ab: vom Bürgermeister, vom Priester, vom Lehrer. Wenn diese Leute das notwendige Verständnis für die Probleme zeigen, sind sie oft in der Lage, die Bereitschaft dafür zu erzeugen, das, was in der Gemeinde verfügbar ist, zu teilen und sie stellen so eine friedliche Integration sicher und die unter den gegebenen Umständen bestmöglichen Lebensbedingungen. Wenn sie nicht aufgeschlossen sind, herrscht eine gänzlich andere Einstellung vor. Integration findet nicht statt, Spannungen, Not, Unzufriedenheit und extreme Forderungen sind die Folge.“<sup>28</sup>

Die Probleme, die die Anwesenheit der Vertriebenen für die Einheimischen schufen, waren nun gewiss keine württemberg-badische Besonderheit. Sie waren in der gesamten Amerikanischen Besatzungszone und im zerstörten Nachkriegsdeutschland die Gleichen. Aber die aufmerksamen Beobachter der Militärregierung hatten doch alsbald den Eindruck, dass die Aufnahme der Vertriebenen regional unterschiedlich verlief. Und in der Tat zeigten die aufwendigen Meinungs-

umfragen, dass die Abwehrhaltung der Einheimischen in Württemberg-Baden ausgeprägter war als in Hessen und sogar heftiger als in Bayern. Beispielsweise gaben im November 1946 60% der Bayern an, die Vertriebenen als deutsche Neubürger zu akzeptieren, in Württemberg-Baden waren es nur 43%. Immerhin ein Drittel der Bayern war der Meinung, dass es natürlich eine Aufgabe der Deutschen sei, für die Zwangszuwanderer zu sorgen, in Württemberg-Baden sank dieser Prozentsatz auf ein Fünftel. Und entsprechend waren im März 1947 57% der Vertriebenen in Bayern mit ihrer Behandlung durch die Einheimischen zufrieden, in Württemberg-Baden waren es nur 49% (in Hessen sogar 61%). Und dass Landesregierung und deutsche Behörden alles, was in ihrer Macht stünde, für sie tue, diesen Eindruck hatten 44% der nach Bayern Zwangseingewiesenen, aber nur 33% der in Nordwürttemberg oder Nordbaden Gelandeten.

Nun konnte dies natürlich in einer unterschiedlichen Belastung der Aufnahmeländer begründet sein. Dem war aber nicht so – ganz im Gegenteil.<sup>29</sup> Der Bevölkerungsanteil der Vertriebenen in Bayern lag 1948 mit 19,8% höher als in Württemberg-Baden mit 16,3%, die Wohndichte in Bayern betrug 1,87 Personen pro Wohnraum, in Württemberg-Baden waren es 1,78, und während in Württemberg-Baden die Wirtschaft bereits wieder einigermaßen in Gang gekommen war, so dass man pro Einwohner 187 RM Steuereinnahmen verzeichnete und auf 100 Vertriebene nur 1,2 Arbeitslosmeldungen kamen, so waren es in Bayern 4,3 bei einem Steueraufkommen von 128 RM je Einwohner – das somit rund ein Drittel niedriger lag. Bei geringerer Belastung und besserer Wirtschaftsentwicklung war die Haltung der württemberg-badischen Bevölkerung gegenüber den Vertriebenen also negativer als im Rest der Amerikanischen Besatzungszone.

Die amerikanische Militärregierung erklärte sich aus der Stuttgarter Perspektive dieses Phänomen mit den Besonderheiten des schwäbischen Volkscharakters: „In erster Linie werden sie [die Vertriebenen] als Eindringlinge betrachtet, als unerwünschte Konkurrenten und als Fremde, die für die Wirtschaft nur eine Last darstellen und nichts als Forderungen stellen. [...] Der Württemberger denkt besonders in den Kategorien der Verwandtschaft und der Dorfgemeinschaft und nimmt gegenüber Leuten, die neu hinzukommen, eine Abwehrhaltung ein. Es ist ein guter Charakterzug des Schwaben, dass er sparsam ist, aber das ist auch der Grund für sein Bestreben, das erworbene Eigentum



zusammenzuhalten und für seine Neigung, nichts zu teilen, egal ob Geld, Grund oder was man zum Leben braucht. Man kann nicht erwarten, dass die Württemberger die Wünsche und Interessen der Neubürger gegenüber den Gemeinde-, Kreis- und Landesbehörden mit Enthusiasmus aufnehmen. Die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Bevölkerungsteilen wird beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen“.<sup>30</sup>

Diese Einschätzung war nicht ganz aus der Luft gegriffen, denn sie entsprach durchaus dem von protestantischer Leistungsethik geprägten Selbstbild der hiesigen Einheimischen und den daraus abgeleiteten Ratschlägen an die Vertriebenen. So waren nur wenige Wochen vor dieser Diagnose auf dem Titelblatt des Evangelischen Kirchenblatts für Württemberg folgende „Heilsame Worte an einen ehemals wohlhabenden Flüchtling“ zu lesen: „Sei froh, daß Du dies hinter Dir hast: Dein irdisch Hab und Gut zu verlieren! [...] Du mußt nun wieder von vorn anfangen? – Es wird sich zeigen, ob Du das Zeug dazu hast oder ob Dir Dein einstiger Reichtum unverdient in den Schoß gefallen war! Die Altbürger in Deiner neuen Heimat wollen nicht wissen, wie reich Du warst, sondern sie wollen sehen, ob Du einen fähigen Kopf und tüchtige Hände hast.[...] Du bist nicht schuld daran, daß Du Hab und Gut verlierst. Die Altbürger dieses Landes sind aber auch nicht schuld daran, daß sie ihr Hab und Gut behielten! [...] Dein Mammon ist Dir von den Schultern genommen, damit Du das Kreuz tragen kannst.“<sup>31</sup> Allerdings wurde in den Merksätzen „Zur Ankunft der Vertriebenen“ für katholische Flüchtlingsseelsorger durchaus Ähnliches gefordert.<sup>32</sup> Die – positive – Kehrseite dieser Einstellung bestand darin, dass die Zwangszuwanderer noch die meiste Akzeptanz als Arbeitskräfte und an ihren Arbeitsplätzen erfuhren. Der „Mannheimer Morgen“ berichtete im Frühjahr 1947: „Die Flüchtlinge sind bis auf die alten Jahrgänge kenntlich unverbraucht. Sie sind von einem bemerkenswerten Schwung im Aufgreifen vakanter Stellen. Sie arbeiten gut. Von der Facharbeit, dem Handwerklichen, der Feldarbeit bis zur Haushilfe. Sie sind wenig verwöhnt an mechanischen Hilfsgeräten. Sie sind hingegen verwöhnt im Anspruch an Löhne und Aufstiegsmöglichkeiten (Vorankommen!).“<sup>33</sup> Während die Wohnungsprobleme eskalierten und das zwangsweise Zusammenleben oftmals vergifteten, berichteten die Arbeitsämter: „Die Zusammenarbeit der einheimischen Bevölkerung mit den Ostflüchtlingen ist soweit zufriedenstellend.“<sup>34</sup>

Aus der Perspektive der Vertriebenen hieß dies aber: „Nur dort ergibt sich ein gewisses Zusammenarbeiten, wo die Fachkenntnisse oder das Können des Neubürgers vom Altbürger für Arbeitsleistung in Anspruch genommen werden. So lange der Neubürger im Dienste der Altbürger steht und nur während der vom Altbürger bestimmten Zeit, in der er diese Arbeitsleistung ausführt, ist ein gewisses Entgegenkommen und auch ein Verständnis für die mißliche Lage des Neubürgers bemerkbar.“<sup>35</sup>

Für das offenere soziale Klima am Arbeitsplatz spielten aber nicht nur die Nachfrage der Einheimischen und die entsprechenden beruflichen Qualifikationen der Zwangszuwanderer eine Rolle, sondern auch die mit den Beschäftigungsverhältnissen verbundene soziale Enge der Beziehungen zwischen Alt- und Neubürgern. Psychologisch am prekärsten war die Situation in der Landwirtschaft, gerade wenn ehemals selbstständige Bauern, mit ihrer Familie unter einem Dach mit ihren neuen Arbeitgebern wohnend, sich bei diesen nun als Knechte verdingen mussten. Doch galt dies auch für vertriebene Handwerksmeister, die sich nun in kleinen Familienbetrieben als Gesellen wiederfanden. In der Industrie hingegen war die Belegschaft der Unternehmen nicht nur sozial sehr viel heterogener, die Verhältnisse bei Einstellung und Arbeit gestalteten sich auch anonym. Verwandtschaftliche Verbindungen, Herkunft und Besitz spielten keine größere Rolle, und auch die Ausbildung dessen, was man mittlerweile als ‚Corporate Identity‘ bezeichnet, vermochte die Distanz zwischen Alt- und Neubürgern in den Hintergrund zu drängen. Gerade in expandierenden Betrieben wurde nicht nur der zu verteilende, gemeinsam erarbeitete ‚Kuchen‘ sichtlich größer, sondern soziale Identifikationsprozesse liefen auch weniger über die Zugehörigkeit zu einzelnen gesellschaftlichen Gruppen ab als vielmehr über die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Belegschaftsgeneration. Jedenfalls wurde aus Vertriebenenkreisen schon früh gemeldet: „In größeren Betrieben ist die Zusammenarbeit zwischen Alt- und Neubürgern allerdings sehr verträglich.“<sup>36</sup> Und 1955 betonte die Zeitschrift „Wegweiser für Heimatvertriebene“ in einer „Bilanz der Eingliederung“ mit Blick auf den Stuttgarter Raum: „Hier zählt, was man leistet. Das hat für die Aufnahme der Neubürger eine günstige Atmosphäre geschaffen.“<sup>37</sup>

Auch diese Einschätzung war, wie statistische Daten zeigen, nicht unbegründet. Eine im Rahmen einer ländervergleichenden UNESCO-Studie durchgeführte bun-

desweite Repräsentativbefragung ergab, dass 1953 76,2% der Vertriebenen in Baden-Württemberg mit ihren Arbeitskollegen zufrieden war, in Nordrhein-Westfalen waren es beispielsweise nur 60 %.<sup>38</sup> Aber dies wirkte sich in der Regel für die Männer günstiger aus als für die nicht erwerbstätigen Neubürgerinnen, wie die zeitgenössische Publizistik feststellte: „Wenn die Hausfrau aus ihrer Tür geht, erwartet sie sehr oft Unfriede und Unfreundlichkeit. Sie muß hundertmal am Tage fragen, wo sie früher geherrscht hat, sie muß flüsternd auf Zehenspitzen gehen, wo sie früher vergnügt gesungen und gewerkelt hat. Ihr Mann, im Beruf stehend, hat es erheblich leichter. Auf der Basis beruflich gleicher Interessen findet er im Betrieb, in Büro und Fabrik schnell gleichgesinnte Einheimische. Man lernt sich kennen und schätzen oder sich aus dem Wege gehen. In diesem Fall eine einfache Sache. Nur wenige Abendstunden muß der Mann in der Enge der sogenannten Häuslichkeit verbringen.“<sup>39</sup>

In den 1950er-Jahren sorgte indessen insbesondere der soziale Wohnungsbau dafür, dass sich die Wohnraumsituation zügig entspannte und die Zahl der Zwangswohngemeinschaften schnell abnahm.<sup>40</sup> Der vor allem im mittleren Neckarraum bald einsetzende Wirtschaftsboom stellte selbst das Wirtschaftswunder in den anderen Landesteilen in den Schatten und steuerte bereits Mitte der 50er-Jahre auf eine Überbeschäftigung hin, sodass bereits 1956 die ersten italienischen Gastarbeiter angeheuert wurden. Dies sorgte dafür, dass die Masse der Vertriebenen nahezu automatisch vom Arbeitsmarkt aufgesogen wurde – allerdings um den Preis ihrer gravierenden und anhaltenden beruflichen Umschichtung und Dequalifikation.<sup>41</sup>

Insofern verbesserten sich die Rahmenbedingungen für eine soziale Akzeptanz beider Bevölkerungsgruppen deutlich. So zog die Stuttgarter Zeitung bereits 1952 eine durchaus positive „Bilanz“ der vergangenen Jahre: „Die Schwaben sind ein heimatverbundener Stamm. Sie vermögen daher in ihrer Mehrheit die Nöte und Wünsche der Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten zu verstehen. [...] Sieben magere Jahre neigen sich nunmehr dem Ende zu. Aber die Bilanz an ihrem Ausgang darf als einen der wertvollsten Aktivposten erfreulicherweise buchen, daß sich im Südwesten das gegenseitige Verhältnis von Mensch zu Mensch weitgehend gebessert, das Verständnis füreinander vertieft, das Neben- und Miteinander ausgeglichen hat. Die Einheimischen haben viele ihrer Vorurteile revidiert, nachdem sie auch den Wert des Volkszuwachses erkannten.“<sup>42</sup>

Dagegen standen andere zeitgenössische Diagnosen, wie die der Soziologin Elisabeth Pfeil, die die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Alt- und Neubürgern auf die schlüssige Formel brachte: „Es sind drei typische Phasen, die das Verhältnis des Ansässigen zum Flüchtling durchläuft: Die erste, die durch Erschütterung und eine emotionale Hilfswilligkeit gekennzeichnet ist, dauert meist nur kurz an; eine zweite, in der ein ebenso emotionales Sich-Versagen und Sich-Versperren auftritt, und eine dritte, in der durch Hinweis, eigene Einsicht und Selbsterziehung eine nicht mehr von primitiven Reaktionen bestimmte Einstellung gewonnen wird [schließen sich an]. Während aber die zweite Phase mit Sicherheit eintritt und viel Beharrungskräfte zeigt, wird die dritte nicht immer erreicht oder man bleibt in einer Art Waffenstillstand stecken, zu dessen Abschluß die Gewohnheit hilft.“<sup>43</sup> So war vielerorts eine Art gleichgültiges Nebeneinander zu registrieren, das darin bestand, „daß der Ungeschädigte vom Leben des Flüchtlings, den er täglich sieht und der sogar [...] ein Kämmerchen in seinem weiten Haus bewohnt, genau so viel und genau so wenig weiß wie vom Leben der Tiere, die er im Zoo besichtigt. Der Unterschied ist nur: in den Zoo geht man, wenn man mag, und es bringt Belustigung.“<sup>44</sup> Denn im Zuge des beginnenden Wirtschaftswunders war es für die Einheimischen recht leicht, ganz einfach wegzusehen: „Nimmt man den optischen Eindruck, so scheint das Vertriebenenproblem gelöst. Das Flüchtlingselend ist, rein äußerlich gesehen, von den Straßen verschwunden. Die Lager liegen meist außerhalb des Weichbildes der Städte und Gemeinden. Auch in der Kleidung haben sich die Neubürger angeglichen. [...] Mit dem optischen Verschwinden ist das Flüchtlingselend weder beseitigt noch die Eingliederung vollzogen, vielmehr beides noch erschwert, weil die übrige Bevölkerung nun leichter vor der Dringlichkeit die Augen verschließen kann.“<sup>45</sup> Dass dazu auch der anlaufende Lastenausgleich beitrug, sei nur am Rande erwähnt. Nachdem die Einheimischen ihn vergeblich zum Slogan „Laßt den Ausgleich“ umbuchstabiert hatten, glaubte man, mit den begrenzten sozialstaatlichen Umverteilungsmaßnahmen mehr als genug getan zu haben.<sup>46</sup> Auf solidarische Anteilnahme mit den Zwangszuwanderern angesprochen reagierten die Einheimischen bestenfalls damit, dass sie dies ignorierten.<sup>47</sup>

Vielleicht suchten gerade deshalb zur gleichen Zeit gerade auch die Behörden intensiv nach Indizien für eine erfolgreiche Eingliederung. Soziologische Experten

verwiesen sie dabei auf ein untrügliches Zeichen für ein konfliktfreies, vorbehaltloses und harmonisches Zusammenleben: auf die Beobachtung, dass mehr und mehr Alt- und Neubürger/Innen den Bund fürs Leben schlossen. Dies wurde systematisch erfasst, denn seit 1950 registrierten alle Standesämter bundesweit die Herkunft der Ehepartner, die sich dort das Ja-Wort gaben. Und so war es möglich, den Verschwägerungsgrad der Alt- und Neubürger als Maß dafür zu berechnen, wie intensiv und wie schnell beide Gruppen aufeinander zugehen und eben nicht mehr nur neben- sondern *mit*-einander lebten. Im allgemeinen Verlangen nach positiven Ergebnissen, nach einem Abbau der gesellschaftlichen Spannungen und nach dem Beweis eines harmonischen Miteinanders wurden die ersten Resultate dann auch recht positiv interpretiert. Denn im Gegensatz zu den weidlich umstrittenen Regelungen der Gesetzgebung zu den Kriegsfolgelasten fand hier ein konfliktfreier und vor allem ‚kostenloser‘ „Lastenausgleich der Liebe“ statt, der beweise: „Man hat sich schon viel mehr zusammengelebt, als mancher wahrhaben möchte.“<sup>48</sup>

Bei näherer Betrachtung zeigte sich indessen, dass es noch eine beträchtliche Distanz zwischen Alt- und Neubürgern gab. Sie heirateten seltener untereinander als einheimische Ehepartner aus dem selbstständigen Mittelstand und der ungelernten Arbeiterschaft. Dementsprechend sprachen zeitgenössische Soziologen von einer „erhebliche[n] Gruppenfremdheit“<sup>49</sup>. Und da sich diese Daten nur langsam verbesserten, sank bald das Interesse an ihrer Auswertung. 1960 wurde auf ihre Erhebung sang- und klanglos verzichtet.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der sogenannte Konjugalindex zwar bundesweit von 0.67 im Jahr 1950 auf 0.83 Indexpunkte 1960 zugenommen – eine Entwicklung, deren Bedeutung sich genauer einschätzen lässt, wenn man sie mit dem Verlauf der später einsetzenden Integration ausländischer Mitbürger vergleicht.<sup>50</sup> Den Wert 1.0, der eine normale, spannungsfreie wechselseitige gesellschaftliche Akzeptanz der Bevölkerungsgruppen angezeigt hätte, hatte er jedoch noch fünfzehn Jahre nach Kriegsende nicht erreicht. Bemerkenswert war, dass bei dieser Entwicklung Baden-Württemberg dem Bundestrend hinterherhinkte. Diese verzögerte soziale Integration ging vor allem auf die niedrigen Werte in Nordwürttemberg zurück (1950: 0.56; 1960: 0.80), obwohl hier die wirtschaftliche Entwicklung besonders boomte, während im ökonomisch schwächeren Nordbaden verhältnismäßig

etwas mehr Ehen zwischen Einheimischen und Vertriebenen geschlossen wurden. Am höchsten war die Ehepartnerquote in den Großstädten. Denn hier stellte von Anfang an ein relativ geringer Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen eine weitaus kleinere objektive Belastung der Aufnahmemilieus dar. Zudem kamen die Zwangszuwanderer nur nach und nach hierher, um als gesuchte Arbeitskräfte für den Wiederaufbau die Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu schließen, und sie blieben in den anonymen Großstadtverhältnissen als eigenständige Bevölkerungsgruppe zunächst weitgehend ‚unsichtbar‘. Die zahlreichen jüngeren männlichen ‚Einzelgänger‘ unter ihnen beanspruchten den verknappten Wohnraum nicht übermäßig, und als Alleinstehende trafen sie im urbanen, traditionell zugewohnten Aufnahmemilieu auf einen akuten Männermangel.<sup>51</sup> Da lag es nahe, dass aus manchem Untermieter-Bratkartoffel-Verhältnis eine Liebesheirat wurde. So war es kein Wunder, dass der Verschwägerungsgrad in den Stadtkreisen bereits 1950 in Nordbaden 0.74 und in Nordwürttemberg immerhin 0.66 Indexpunkte erreichte. Dass diese Werte auf dem platten Land deutlich niedriger lagen, erstaunt wenig. Aber in den hoch vergewerblichten Landkreisen Ludwigsburg, Böblingen, Esslingen, Waiblingen und Göppingen lagen sie noch darunter. Hier wurde nur ein Indexwert von 0.53 erreicht – gegenüber dem Höchstwert der nordbadischen Stadtkreise ein beträchtlicher Unterschied, der sich im Übrigen nicht nur bei der gesellschaftlichen Integration der Heimatvertriebenen zeigte, sondern auch später bei der Integration ausländischer Mitbürger.<sup>52</sup>

Von entscheidender Bedeutung war hier nicht nur, dass die Zwangszuwanderer auf dem Land kollektiv, familienweise, schlagartig, flächendeckend und unübersehbar zwangseingewiesen wurden und dass sie schon alleine aufgrund ihres sehr viel höher liegenden Bevölkerungsanteils mit den Einheimischen eine sehr viel engere Zwangswohngemeinschaft eingehen mussten, deren hohes soziales Konfliktpotenzial sich auch längerfristig negativ auf die Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen auswirkte. Das war aufgrund der flächendeckenden Erstverteilung jedoch in allen Landkreisen so. Aber hier in Nordwürttemberg trafen die zu 70% katholischen Vertriebenen auf eine einheimische Bevölkerung, die ihrerseits zu 70% protestantisch geprägt war. Dies führte zu beträchtlichen Spannungen, die vereinzelt geradezu eskalierten: „Nicht einmal auf dem Friedhof will man den Neubürger in den Reihen der

Altbürger dulden, die darüber aufgebracht waren, dass man das Grab des Neubürgers neben das des Altbürgers machte.<sup>453</sup> So drohte aus der Perspektive kultureller Distanz die positive Bewertung der Leistungsbereitschaft der Zwangszuwanderer umzuschlagen in eine pauschale Kritik an deren vermeintlich rein materialistischem Lebensstil: „Es ist nicht so, als ob durch das Einströmen der Flüchtlinge der Strom der Verweltlichung irgendwie aufgehalten worden wäre, wir müssen fast das Gegenteil behaupten. Dass die Flüchtlinge in ihrer Wurzellosigkeit dem Sichausleben gegenüber anfälliger sind, ist eine offenkundige Tatsache.“<sup>454</sup> Damit stellte der konfessionelle Gegensatz in den ebenso sozialkonservativen wie überschaubaren Arbeiterbauern- und Arbeiterwohngemeinden eine gravierende und lang anhaltende Integrationsbarriere dar, die die beschäftigungsmäßig und volkswirtschaftlich überdurchschnittlich günstigen Aufnahmebedingungen weitgehend überlagerte.

Auch dies verdeutlicht noch einmal die Bedeutung, die eben nicht nur die ökonomische Aufnahmekapazität, sondern vor allem auch die sozio-kulturellen Strukturen der Aufnahmegesellschaft für die Integration fremder Bevölkerungsgruppen haben. Was auch deutlich geworden sein sollte, ist, dass die Integration zweier Bevölkerungsgruppen keine Einbahnstraße ist, sondern eine wechselseitige Beziehung, in der gerade auch die Einstellung und das Verhalten der Bevölkerungsmehrheit gegenüber den Fremden von maßgeblicher Bedeutung für ein spannungsfreies Miteinander sind.

Integrationspolitik hätte sich demnach nicht nur zu richten auf die Zuwanderer, sondern auch an die Einheimischen. Und dies am besten durch die Förderung kooperativer Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen bei gleichzeitigem Abbau kultureller Distanz – auf beiden Seiten. Der Blick in die Vergangenheit ist dabei ein notwendiger Bestandteil dessen, was der Migrationsforscher Klaus J. Bade als „nachholende Integrationspolitik“ bezeichnet hat, „denn lernen muss in der Einwanderungsgesellschaft eben nicht nur die Zuwanderungsbevölkerung, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund – innerhalb derer im Übrigen viele beim Rückgriff in die eigene Familiengeschichte über mehrere Generationen hinweg feststellen würden, dass sie als Einheimische in Wirklichkeit selber Nachfahren zugewanderter Fremder sind.“<sup>455</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Art. Heimat, in: Brockhaus – Die Enzyklopädie in 24 Bänden. 20. aktualisierte und überarbeitete Auflage, Bd. 9, Leipzig / Mannheim 1997, S. 631
- 2 Boehm, M. H.: Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaft, Göttingen 1932, S. 100
- 3 Greverus, Ina-Maria: Auf der Suche nach Heimat, München 1979, S. 23
- 4 Bossle, Lothar: Heimat als Daseinsmacht, in: Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven'. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990, S. 122 – 133
- 5 Brepohl, Wilhelm: Heimat und Heimatgesinnung als soziologische Begriffe und Wirklichkeiten, in: Das Recht auf Heimat. Hg. von Kurt Rabl, München 1959, S. 13 – 27
- 6 Vgl. dazu etwa: Ackermann, Volker: Integration: Begriff, Leitbilder, Probleme, in: Bade, Klaus J. (Hg.): Neue Heimat im Westen. Vertriebene – Flüchtlinge – Aussiedler, Münster 1990, S. 14 – 36. Zum Forschungsstand: Grosser, Thomas: Von der freiwilligen Solidar- zur verordneten Konfliktgemeinschaft. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft im Spiegel neuerer zeitgeschichtlicher Untersuchungen, in: Hoffmann, Dierck, Krauss, Marita, Schwartz, Michael (Hgg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 65 – 86
- 7 Die Darstellung konzentriert sich dabei auf das ehemalige Land Württemberg-Baden. Vgl. dazu: Schraut, Sylvia: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945 – 1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt, München 1995. Grosser, Thomas: Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden 1945 – 1961, Stuttgart 2006. Da Frankreich an den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz nicht beteiligt war, mussten die Länder der Französischen Besatzungszone keine Vertriebenenkontingente aufnehmen und wurden unter gänzlich anderen Rahmenbedingungen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der organisierten Binnenumsiedlung mit Flüchtlingen und Vertriebenen belegt. Zu Bayern vgl.: Grosser, Thomas: Die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Annäherungen an die Situation der Sudetendeutschen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft am Beispiel Bayerns, in: Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948 – 1989. Hg. von Hans Lemberg, Jiri Malir und Dusan Kovac, Essen 1998, S. 41 – 94
- 8 Innenminister Fritz Ulrich (SPD) vor der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden am 17. April 1946, Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden, 6. Sitzung, Stuttgart 1946, S. 8
- 9 Ebd., S. 23
- 10 Ebd., S. 18
- 11 Zu den Vorgaben der Amerikanischen Besatzungsmacht vgl.: Grosser, Thomas: Das Assimilationskonzept der amerikanischen Flüchtlingspolitik in der US-Zone nach 1945, in: Christiane Grosser, Thomas Grosser, Rita Müller und Sylvia Schraut: Flüchtlingsfrage – das Zeitproblem. Amerikanische Besatzungspolitik, deutsche Verwaltung

- und die Flüchtlinge in Württemberg-Baden 1945 – 1949, Mannheim 1993, S. 11 – 54
- 12 The expellee problem in Hesse, in: OMGUS, Research Branch, Information Control Division: Informations Control Review. Political Analysis and Public Opinion, Review No. 30, Period Ending 19 July, 1947, S. 4 – 6, hier: S. 5, RG 260 OMGUS 3/429–1/109. Die Akten des Berliner Office of the Military Government in Germany of the United States (OMGUS) liegen auf Microfiches verfilmt im Bundesarchiv Koblenz vor.
  - 13 Bettinger, Willy, Staatsbeauftragter für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Baden: Die Not der Neubürger, Sendemanuskript, Sendereihe: Unsere Neubürger, Sendetermin: 12. Februar 1947, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand EA2/80, Büschel 392
  - 14 Flüchtlingsgesetz sichert Gleichberechtigung. Landeskommis­sar Midellmann sprach in Mosbach, in: Rhein-Neckar-Zeitung 3/1947, Nr. 29 vom 8. März, S. 7
  - 15 OMGUS Regional Government Coordination Office: Standing operation procedure for refugees and expellees in U.S. Zone of Germany, 21. Mai 1946, RG 260 OMGUS 11/38–3/6.
  - 16 Badische Neueste Nachrichten vom 9. April 1947, Nr. 41
  - 17 Resolution der nordwürttembergischen Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen, Eltingen, 8. Juli 1948, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand EA 2/801 Bü 97
  - 18 Anton Schwan: Unsere Ostvertriebenen. Der Prüfstein, in: Südwestdeutsche Union. Halbmonatsschrift der CDU, Landesverband Nordbaden 2/1947, Nr. 6 vom 25. März, S. 1f.
  - 19 OMGUS, Weekly Information Bulletin Nr. 32 vom 9. März 1946, ohne Autor [im Original englisch]
  - 20 Alt- und Neubürger, Rhein-Neckar-Zeitung 2/1946, Nr. 81 vom 15. August, S. 1.
  - 21 Polizeistatistik Württemberg-Baden 1947, Landesfahndungsamt Württemberg-Baden: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik Württemberg-Baden 1947, Stuttgart 1948, S. 5
  - 22 Brigitte Wenger: Die Flüchtlinge. Kleiner Lokalkommentar, Rhein-Neckar-Zeitung. Ausgabe Nordbaden 5/1949, Nr. 62 vom 13. April, S. 5
  - 23 Zwei Völker in Deutschland, in: Südwestdeutsche Union. Halbmonatsschrift der CDU, Landesverband Nordbaden 1/1946, Nr. 8 vom 19. November, S. 8 f.
  - 24 Vgl. dazu und zum Folgenden: Grosser, Thomas: Ankunft, Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen aus der Sicht der Einheimischen, in: Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945 bis 1995. Hg. vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg. Red. Karl-Peter Krauss, Filderstadt 1996, S. 49 – 67
  - 25 Rundschreiben des Referenten für kulturelle Betreuung Sieber an die Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen im nordbadischen Landesbezirk vom 3. März 1948, Generallandesarchiv Karlsruhe, Abt. 466, Zugang 1981/47, Nr. 1623.
  - 26 Stockinger, Ernst Eugen: Annual Report to OMGWB, Major Campbell, July 15, 1946, RG 260 OMGWB 12–1/1–6. Die als OMGWB zitierte Überlieferung des Office of Military Government Wuerttemberg-Baden wurde auf Microfiches verfilmt und kann im Hauptstaatsarchiv Stuttgart sowie im Generallandesarchiv Karlsruhe eingesehen werden.
  - 27 OMGUS Public Welfare Branch: Bi-Monthly Report for Public Welfare, 14th October 1947, S. 9, RG 260 OMGUS 5/323–3/1.
  - 28 The expellee problem, in: OMGUS, Research Branch, Information Control Division: Informations Control Review. Political Analysis and Public Opinion, Review No. 30, Period Ending 19 July, 1947, S. 4 – 6, hier: S. 5, RG 260 OMGUS 3/429–1/109.
  - 29 Vgl zu den folgenden Daten: Grosser, Thomas: Die Integration der Heimatvertriebenen, a.a.O., S. 352
  - 30 OMGWB Interior Section to Public Welfare: Subject: Conditions of Refugees in W[ürttemberg-]B[aden], August 20, 1947, RG 260 OMGWB 12/63–1/8.
  - 31 Evangelisches Gemeindeblatt für Württemberg, Nr. 26 vom 29. Juni 1947, S. 1.
  - 32 „Lasse Dich nicht erst zur Arbeit stoßen, sondern packe sie an, wo immer sie sich Dir bietet. Ein arbeitsreicher Tag wird Dir auch über manche Not hinweghelfen. Setze Dir als Ziel, durch Arbeitswilligkeit, Hilfsbereitschaft, Bescheidenheit, Güte und Dankbarkeit Dir das Vertrauen der ansässigen Bevölkerung zu erobern. [...] Glaube nicht, daß sich die christliche Nächstenliebe der ansässigen Bevölkerung erweisen muß in Erfüllung Deiner Hamsterwünsche.“ Zur Ankunft der Vertriebenen: Merksätze für Flüchtlinge, in: Der Flüchtlingsseelsorger vom 25. Mai 1946, Bundesarchiv Koblenz, Bestand Z 18, Nr. 203
  - 33 Neubürger unter uns. Eindrücke aus den ersten Monaten des Zusammenlebens, in: Der Morgen 2/1947, Nr. 11 vom 28. Januar.
  - 34 Bericht des Arbeitsamtes Aalen, in: Landratsamt Aalen: Betrag zur Jahresbroschüre ‚Ein Jahr Neubürgerbetreuung‘, Aalen, den 22. Mai 1947, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand EA 2/801 Bü 408
  - 35 Stimmungsbericht des Flüchtlingsvertrauensmanns in Beimerstetten, Kreis Ulm, an den Kreisflüchtlingsbeauftragten vom 15. August 1947, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand EA 2/801 Bü 330.
  - 36 Schreiben des Flüchtlingsvertrauensmannes Gerhard Wulff an den Landesbeirat des Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen vom 18. August 1947, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand EA 2/801 Bü 328.
  - 37 Das kühnste Bauwerk nach dem Eifelturm. Jeder sechste Stuttgarter ein Neubürger, in: Wegweiser für Heimatvertriebene. Dokumentarische Sonderausgabe. Eine Bilanz der Eingliederung 1945 – 1955, Frankfurt a.M. 1955, S. 56.
  - 38 Vgl. dazu: Grosser, Thomas: Die Integration der Heimatvertriebenen, a.a.O., S. 142 f.
  - 39 Frauen tragen die Last, in: Neubürgerwille. Mitteilungsblatt der SPD für die Neubürger, Stuttgart 1 2/1948, Nr. 1 (Mai), S. 4.
  - 40 Vgl. dazu: Grosser, Thomas: Integration der Heimatvertriebenen, a.a.O., S. 243 ff.
  - 41 Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Vertriebenen vgl. Grosser, Thomas: Der Beitrag der Heimatvertriebenen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau – das Beispiel Württemberg-Baden, in: Flucht – Vertreibung – Eingliederung. Hg. vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Baden-Württemberg, Konstanz 1999, S. 43 – 63. Zur Bedeutung der Vertriebenen als Arbeitskräfte und Unternehmer sowie zu Umfang und Barrieren ihrer wirtschaftlichen Integration: Ders.: Integration der Heimatvertriebenen, a.a.O., S. 69 ff.

- 42 Bilanz der Heimatlosen, Stuttgarter Zeitung vom 11. Januar 1952
- 43 Pfeil, Elisabeth: Der Flüchtling. Gestalt einer Zeitenwende, Hamburg 1948, S. 123
- 44 Zwei Völker in Deutschland, in: Südwestdeutsche Union. Halbmonatsschrift der CDU, Landesverband Nordbaden 1/1946, Nr. 8 vom 19. November, S. 8 f.
- 45 Vertriebenen-Schicksal vor der Entscheidung, in: Die Neue Zeitung, Nr. 55 vom 25. März 1952
- 46 Vgl. dazu: Grosser, Thomas: Integration der Heimatvertriebenen, a.a.O., S. 359 ff.
- 47 Dies zeigte sich beispielsweise anhand der Ergebnisse einer groß angelegten Spendenaktion, die der Süddeutsche Rundfunk 1953 zugunsten der noch immer in Bunkern und Behelfswohnungen untergebrachten Zwangszuwanderer veranstaltete. Das Spendenaufkommen betrug exakt 3 Pfennige pro Hörer. Vgl. dazu: ebd., S. 408 ff.
- 48 ‚Es geht uns heute ja besser‘, Die Welt vom 30. Juli 1953.
- 49 Pfeil, Elisabeth, Buchholz, Ernst Wolfgang: Eingliederungschancen und Eingliederungserfolge. Regionalstatistische Analysen der Erwerbstätigkeit, Berufsstellung und Behausung der Vertriebenen. Bonn 1958, S. 177.
- 50 So stieg der Konnuptialitätsindex für Heiraten zwischen Deutschen und Ausländern von 0.53 Indexpunkten 1972 auf 0.69 im Jahre 1982. 1986 betrugen die Konnuptialitätsindices für Heiraten zwischen Bundesbürgern und Angehörigen verschiedener Ausländergruppen: Spanier 0.79, Jugoslawen 0.76, Italiener 0.62, Griechen 0.54, Türken 0.23 (Mammey, Ulrich: 35 Jahre Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland – die demographische Entwicklung, in: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. von Charlotte Höhn und Detlev B. Rein, Boppard am Rhein 1990, S. 55–82, hier: S. 79, Abb. 26.) Ende der 1950er Jahre hatte die soziale Integration der Vertriebenen damit ungefähr einen Stand erreicht, der dem der bestintegrierten ausländischen Migrantengruppen Mitte der 1980er Jahre entsprach. Vgl. zu den folgenden Daten: Grosser, Thomas: Die Integration der Heimatvertriebenen, a.a.O., S. 417 ff.
- 51 Zu den spezifischen Aufnahmebedingungen und Integrationsverläufen im Stadt-Land-Vergleich vgl.: Grosser, Thomas: ‚Wir brauchten sie nicht zu nehmen, sind aber froh gewesen, dass sie hier gewesen sind.‘ Die Aufnahme der Heimatvertriebenen und SBZ-Flüchtlinge in Mannheim 1945 – 1960, in: Flüchtlingsfrage – das Zeitproblem, a.a.O., S. 55 – 128. Grosser, Christiane / Grosser, Thomas: Von der Oral History zur sozialwissenschaftlichen Erhebung. Methodik und Ergebnisse einer retrospektiven Zeitzeugenbefragung zur Integration der Heimatvertriebenen im Landkreis Buchen und Stadtkreis Mannheim, in: Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Hg. von Mathias Beer, Sigmaringen: Thorbecke, 1994, S. 179 – 210.
- 52 So entwickelte sich der Konnuptialitätsindex für Ehen zwischen Deutschen und Ausländern im Zeitraum zwischen 1972 und 1982 in Nordwürttemberg von 0.42 auf 0.58 Indexpunkte (zum Vergleich: in Nordbaden stieg er von 0.60 auf 0.81).
- 53 Flüchtlinge berichten. Aus den Monatsberichten der Flüchtlingsobmänner in einem Württ. Landkreis. Im Auftrag des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen von Württemberg-Baden, Direktor Bettinger, zusammengefaßt vom Geschäftsführer des Landesausschusses für Flüchtlinge. Als Manuskript gedruckt für den Dienstgebrauch in der Flüchtlingsverwaltung., Stuttgart 1947, Generallandesarchiv Karlsruhe, Bestand 489, Nr. 610
- 54 Hauptbericht zur Bezirkssynode des Kirchenbezirks Boxberg 1952, Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche Badens, Karlsruhe, Bestand Generalia Nr. 5260, Bd. 5
- 55 Bade, Klaus J.: Migration, Integration und kulturelle Vielfalt: historische Erfahrungen und aktuelle Herausforderungen, in: Kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft. Köln 2007, S. 13 – 42, hier: S. 38